

darüber hinaus selbständigen Verbänden, was den Intentionen der Berliner Zentrale der Bauernvereine unter Hermes entsprach. Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung der Einzelorganisationen bildete die weitreichende Identität der agrarpolitischen Zielsetzungen die Grundlage des gemeinsamen Vorgehens, die — wären sie bruchlos realisiert worden — die Rolle der Agrarier als Staatsrentner in riesigem Ausmaß gesteigert und perpetuiert hätten. Mit Prinzipien des wirtschaftlichen Liberalismus hatte das nichts gemein, wie die Autorin unter Berufung auf Sering zu Recht hervorhebt. Das aber als eine programmatische Zäsur werten zu wollen, ist verfehlt. Die Agrarier brauchten den Liberalismus nicht »aufzugeben« (S. 93), da sie ihn spätestens seit der Caprivi-Ära nicht mehr vertreten hatten, was ein Blick auf die Zollagitation des Bundes der Landwirte und seine Forderung nach einem staatlichen Getreidemonopol schlagend bewiesen hätte.

Barmeyer neigt bisweilen dazu, die Geschichte der Grünen Front auf bloße Ideographie zu verkürzen. So wünschenswert, wie die Verfasserin meint, ist eine Untersuchung zur Entstehung und Entwicklung des »Begriffs« Grüne Front nicht (S. 80). Anregender wäre die Analyse der Grünen Front im parteipolitischen Kräftespiel und ihres Beitrages im Prozeß der Aushöhlung der Demokratie gewesen. In diesem Zusammenhang zitiert Barmeyer eine interessante Aufzeichnung Arno Kriegsheims (eines der Direktoren in der Reichslandbundzentrale), in der offen die politischen Implikationen einer agrarischen Interessenfront quer durch die bürgerlichen Parteien angesprochen werden: agrarpolitische Absicherung der »Nationalen Front« als bürgerlicher Sammlungsbewegung gegen die regierende Sozialdemokratie mit dem Ziel eines verfassungspolitischen Systemwechsels, der sich mit dem Sturz des Kabinetts Müller denn auch unüberhörbar ankündigte. Auch wenn Hermes und das Zentrum in diesem Punkt differenzierter dachten, hätte man sich hier weiterführende Analysen gewünscht und nicht nur die hoffnungslos apologetische Feststellung, Brüning habe sich gezwungen gesehen, »undemokratische Methoden zur Rettung der Freiheit anzuwenden« (S. 108).

Um es abschließend zu wiederholen: Der biographische Ausgangspunkt der Arbeit engt den Blickwinkel zu stark ein und läßt manche Frage offen. Die Geschichte der Grünen Front zu schreiben, bleibt weiterhin eine lohnende Aufgabe. Jens Flemming

Heinrich Bennecke, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus
1918—1938, Günter Olzog Verlag, München/Wien 1970, 408 S., Ln., 25 DM.

Die These, daß die Weimarer Republik nicht zuletzt an dem Widerspruch zwischen formaler politischer Demokratie und überkommenen sozio-ökonomischen Strukturen scheiterte, ist zuerst von Arthur Rosenberg aufgestellt worden. Für die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Not und politischer Radikalisierung bieten Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik anschauliche Beispiele. Ebenso ist seit langem bekannt, daß der Nationalsozialismus auf bestimmte soziale Gruppen eine besondere Anziehungskraft ausgeübt hat. Kritische Beobachter stellten bereits 1930 fest, daß die »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei« ihrem Namen keineswegs gerecht wurde und viel eher eine Protestbewegung des ländlichen und städtischen Mittelstandes als eine proletarische Kampforganisation war. Die ersten marxistischen Theorien über den Faschismus von Thalheimer, Marcuse, Rosenberg und Otto Bauer sahen die Basis dieser neuartigen Massenbewegungen in den gesellschaftlichen Zwischenschichten, die sich weder den Eigentümern an Produktionsmitteln noch der Arbeiterschaft zurechneten.

Die vorliegende Untersuchung von Heinrich Bennecke bietet alles andere als eine Modifizierung oder Bereicherung dieser Erkenntnisse. Die Feststellung, daß in den meisten Abhandlungen über die Weimarer Republik »die politische Radikalisierung

überwiegend, wenn nicht ausschließlich politischer Ideologisierung zugeschrieben wird« (Vorwort), ignoriert selbst die Darstellungen von bürgerlichen Historikern wie Erich Matthias und Karl Dietrich Bracher, ganz abgesehen von den zahlreichen Publikationen über dieses Thema in der DDR, von denen nicht einmal Bd. 4 und 5 der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« im Literaturverzeichnis erscheinen, ebensowenig wie die materialreichen Untersuchungen Jürgen Kuczynskis zu diesem Thema.

Bennecke beschreibt mit spärlichen Literaturangaben das Ende des 1. Weltkrieges und die Inflation (S. 11 ff.), die Märzunruhen in Berlin und die Auswirkungen des Versailler Vertrages. Die Ernährungssituation und Transportlage werden ebenso ausführlich geschildert wie ihre Auswirkungen auf die Reichstagswahlen im Juni 1920. Als Materialbasis dient dabei vor allem das Statistische Jahrbuch; Archivmaterial wurde bis auf wenige Ausnahmen nicht herangezogen. Die Darstellung ist voll von Gemeinplätzen. »Das natürliche Streben des Staatsbürgers, für sich und seine Familie in übersichtlichen Verhältnissen zu leben, wurde infolge der Inflation vollständig gestört. Das ständige, immer schnellere Ansteigen der Preise mußte ihn und vor allem die einkaufenden Hausfrauen den Überblick verlieren lassen. Dann hatte aber auch die Arbeit und die damit verbundene Entlohnung keinen Sinn mehr. Wenn der Staatsbürger nicht mehr weiß, ob er mit seiner Arbeit das Geld für den notwendigen Lebensunterhalt verdienen kann, gerät er in die ernsthafte Gefahr, seine Umwelt mißtrauisch zu betrachten« (S. 41). »Es waren vor allem harte wirtschaftliche Gegebenheiten, die die letzten Jahre der Weimarer Republik entscheidend beeinflussten« (S. 79) usw.

Anstatt die Ursache und den Verlauf ökonomischer Krisen zu analysieren, erklärt der Verfasser diese mit den Kategorien der »Tragik« und des »Schicksals«. Die Reaktionen der von den Krisen betroffenen Menschen sind meist »natürlich«. Es ist »natürlich«, daß sich infolge der Inflation die Unruhe unter der Bevölkerung verstärkte (S. 42). Der Zusammenhang zwischen Krise und politischer Radikalisierung zeigt sich »klar« bei den Unruhen in Hamburg im Jahre 1923 (S. 45), und ein Höhepunkt der Erkenntnis gipfelt in der Feststellung, »daß der Linksradikalismus [...] durch die Kommunistische Partei vertreten« wurde (S. 53).

Volksbegehren und Volksentscheid »Enteignung der Fürstenvermögen« werden vom Verfasser als »radikale« Agitation gewertet (S. 64), der Begriff »radikal« auf alle Bestrebungen angewendet, die die bestehenden sozio-ökonomischen Strukturen verändern wollten. Damit weist Bennecke seinen ideologischen Standpunkt aus. Aus den 14,5 Millionen Wählern, die sich für die Enteignung aussprachen, schließt der Verfasser, »daß es eine beträchtliche Anzahl Wähler gab, die nicht zur Linken gehörte, aber trotzdem radikalen Parolen zugänglich war« (S. 64). Daneben unterlaufen dem Verfasser einige Fehler. Das Volksbegehren gegen den Young-Plan wurde nicht von den Deutschnationalen, sondern vom Stahlhelm eingeleitet und mit Vehemenz betrieben. Die »heute von Politologen und Soziologen ausgesprochene Hypothese — daß Radikalisierungstendenzen unabhängig von wirtschaftlicher Depression seien« (S. 77), ist dem Rezensenten nicht bekannt.

Die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus wird vom Verfasser völlig ausgeklammert. Unter Absehung der ökonomischen Basis, die ihn hervorbrachte, wird der Nationalsozialismus von Bennecke lediglich phänomenologisch beschrieben. Historische Belege für personelle und interessenmäßige Verknüpfungen in der Machteleite und für die Macht- und Marktprobleme des oligopolistischen Kapitalismus unterbleiben. Statt dessen begnügt sich der Verfasser mit spärlichen Angaben über die Arbeitslosigkeit, über den Stand der Lebenshaltungskosten usw. Die von Dieter Petzina, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz und Dieter Grosser akzeptierte und schwer zu negierende Tatsache, daß unter der Ägide von Schacht in den Jahren 1933 bis 1936 die

deutsche Großindustrie im engen Konnex mit Hitler die militärische Aufrüstung forcierte — mit ihren Auswirkungen auf den Kostenfaktor Lohn — wird ignoriert. Bennecke reiht sich mit seiner Untersuchung hier in die Liste bundesdeutscher Historiker, die die Großindustrie vom Nationalsozialismus dadurch dissoziieren, daß sie ihre Wechselbeziehungen leugnen oder sie als unzureichend aus der sozialpsychologischen Sphäre erklärt abweisen.

Hans Peter Ehni

Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919—1923* (= Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. VI), Leibniz-Verlag, Hamburg 1970, 492 S., Ln., 48 DM.

Die Geschichtsschreibung zum politischen Antisemitismus hat sich bisher auf zwei Phasen seiner Entwicklung konzentriert: auf die Bewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg, die die politische Ausformung und Ideologisierung brachte, und auf die nationalsozialistische Bewegung, die die antisemitischen Theoreme schließlich in die Tat umsetzte. Dagegen ist die völkische Bewegung zur Zeit des 1. Weltkrieges und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit stark vernachlässigt worden. Die vorliegende Untersuchung bringt erstmals eine umfassende Darstellung des völkischen Radikalismus in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Lohalm berichtet, daß in den Jahren 1920 bis 1922 über hundert verschiedene völkisch-antisemitische Verbände, Organisationen und Bünde existierten. Als Ausdruck vieler Hunderttausender enttäuschter und deklassierter Schichten gehören die völkischen Organisationen somit in das Bild der frühen Jahre der Weimarer Republik.

Aus der Vielfalt der Organisationen ragt in dieser Zeit der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, ein Kind des Alldeutschen Verbandes, durch Mitgliederstärke, Organisationsdichte und propagandistische Tätigkeit heraus. Lohalm zeichnet nach, wie sich aus dem »plebejischen Konservatismus« des ausgehenden 19. Jahrhunderts eine eigenständige völkische Massenbewegung entwickelte, die dem Nationalsozialismus den Boden bereitete. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes wird in den Kontext des historischen Geschehens eingeordnet. Ansatzpunkte von Lohalms Untersuchung sind Anhängerschaft und Organisation des Verbandes. Das Jahr 1918 wird von Lohalm weniger als Zäsur in der Entwicklung des völkischen Antisemitismus aufgefaßt, sondern wesentlich als Katalysator einer schließlich verhängnisvollen Entwicklung begriffen. Ausführlich schildert der Verfasser die Beziehungen zwischen dem eher einer geheimen Standesorganisation ähnelnden Alldeutschen Verband und dem Schutz- und Trutz-Bund, der die Aufgabe hatte, eine Massenorganisation der nationalen und völkischen Kräfte aufzubauen. »Der Schutz- und Trutz-Bund war somit die Antwort der Alldeutschen und Völkischen auf die durch Krieg und Umbruch bedingten Veränderungen und die Parlamentarisierung« (S. 22).

Die sogenannte Judenfrage wurde der entscheidende Punkt im politischen Kampf des Bundes, auf den sämtliche historischen und politischen Ereignisse und Probleme bezogen wurden. Diese Ausschließlichkeit der Zielsetzung verlieh dem Verband eine ungeheure Stoßkraft, war aber auch entscheidend für seinen Untergang. Zielsetzung und Tätigkeit wurden bestimmt durch die Schriften des alldeutschen Verbandsvorsitzenden Heinrich Claß. Lohalm zeichnet die Versuche des Generals von Gebattel und Heinrich Claß' nach, den Antisemitismus in die alldeutsche Propaganda in den letzten beiden Jahren des 1. Weltkrieges allmählich zu integrieren. »So ist denn die Vorgeschichte des Schutz- und Trutz-Bundes die Geschichte des Eindringens des Antisemitismus in den Alldeutschen Verband und damit die Aufnahme des Antisemitismus durch die im Alldeutschen Verband repräsentierten nationalen und konservativen Kreise des mittleren und Groß-